

Auf dem Vormarsch

Internationaler Frauentag. Vor 100 Jahren demonstrierten Frauen erstmals geschlossen für ihr Wahlrecht und für Gleichberechtigung. Seitdem haben sie auf vielen Gebieten zu den Männern aufgeschlossen. Jüngere Frauen etwa haben beim Bildungsstand inzwischen ihre männlichen Alterskollegen sogar überholt. Auch auf dem Arbeitsmarkt konnten die Frauen punkten.

Bei aller Diskussion um den Mangel an Frauen in Führungspositionen und um Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern – in den vergangenen Jahrzehnten haben die Frauen vor allem in puncto Berufs-

tätigkeit große Fortschritte erzielt: Vielerorts ist es gang und gäbe, dass der überwiegende Teil der Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgeht – vor allem in den skandinavischen Ländern (Grafik).

Aber auch in Deutschland hat sich Einiges getan:

1. In der Schule haben die Mädchen inzwischen sogar die Nase vorn: Sie sind erfolgreicher, streben höhere Abschlüsse an und brechen seltener die Schule ab als ihre männlichen Mitschüler. Mittlerweile sind 53 Prozent aller Gymnasiasten und 56 Prozent der Abiturienten weiblich.

2. Auch an die Universitäten drängen immer mehr Frauen:

Die Zahl der weiblichen Studenten stieg von knapp 670.000 im Jahr 1990 auf über eine Million im Jahr 2009 an – damit sind fast 48 Prozent der Hochschulstudierenden Frauen.

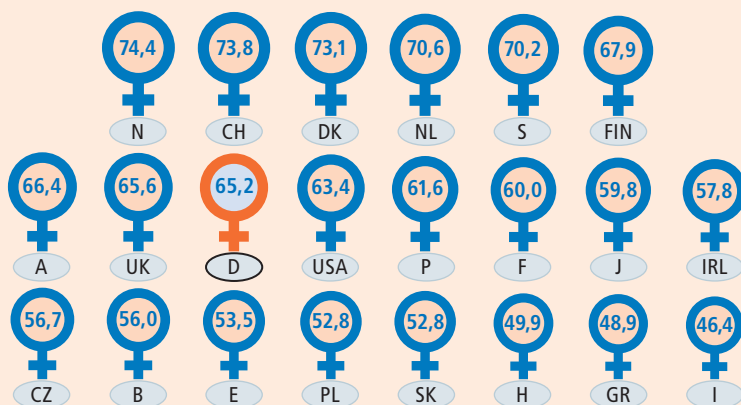
3. Jobchancen haben sich für Frauen aufgrund der gestiegenen Qualifikation ebenfalls deutlich verbessert (Grafik Seite 2):

Inzwischen gehen in Westdeutschland über 4 Millionen Frauen mehr einem Beruf nach als 1960.

Weil im selben Zeitraum die Zahl der arbeitenden Männer in Westdeutschland nur um gut eine halbe Million zulegte, ist auch der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen →

Frauenerwerbstätigkeit international: Norwegen spitze

Erwerbstätige Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren
in Prozent der gleichaltrigen weiblichen Bevölkerung im Jahr 2009



Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 10

In dieser Woche

Immobilienpreise: Die Preise für Büro- und Wohnimmobilien entwickeln sich in Europa weitgehend parallel, nur in Deutschland ist es anders.
Seite 3

Arbeitsmarkt: Die Beschäftigung nimmt zu, und sogar auch die Zahl der Arbeitslosen ist – anders als in den Vorjahren – im Februar gesunken.
Seite 4-5

Gewerkschaftswettbewerb: In Deutschland gibt es derzeit schätzungsweise 100 Gewerkschaften, weitere Gründungen stehen an.
Seite 6-7

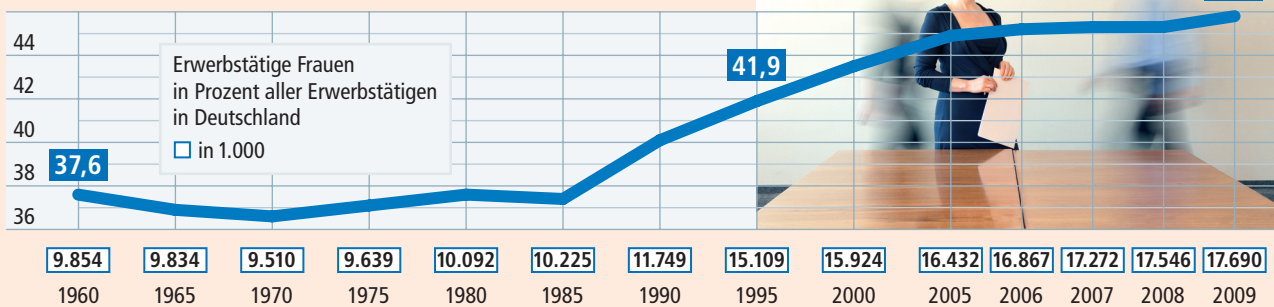
Migranten: Im öffentlichen Dienst sind Ausländer rar: Nur jeder zehnte Beschäftigte bei Bund, Ländern und Kommunen hat fremde Wurzeln.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland



Frauerwerbstätigkeit: Neuer deutscher Rekord



Ab 1995: Ost- und Westdeutschland; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - iwd 10

→ deutlich gestiegen: von knapp 38 Prozent auf fast 46 Prozent.

Dabei sollte man allerdings nicht übersehen, dass fast die Hälfte aller abhängig erwerbstätigen Frauen in Deutschland Teilzeit arbeiten – Männer tun dies nur zu rund 9 Prozent. Der Trend zum Teilzeitjob hat für die

Frauen jedoch erhebliche Konsequenzen: Sie stecken in ihrer beruflichen Entwicklung oftmals zurück, denn Führungspositionen sind hierzulande in der Regel an Vollzeitjobs gekoppelt.

Doch nicht nur in puncto Arbeitsumfang, auch bei der Berufswahl

klaffen zwischen den Geschlechtern noch erhebliche Lücken. Das zeichnet sich bereits im Studium ab: Während sich Frauen häufig für Sprach- und Kulturwissenschaften begeistern – hier liegt der Anteil der Kommilitoninnen bei über 70 Prozent –, ist ihr Interesse an den Ingenieurwissenschaften vergleichsweise mau: Hier waren zuletzt nur 20 Prozent der Studenten weiblich. Das ist fatal, denn Mathematikern, Technikern und Ingenieuren winken nicht nur beste Beschäftigungschancen, sondern auch lukrative Verdienste.

Die hohe Teilzeitquote und die einseitige Berufswahl sind wesentliche Ursachen dafür, dass Frauen derzeit oft weniger verdienen als Männer und dass sie seltener Karriere machen. Maßnahmen, die der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen und die auch bereits von vielen Unternehmen angeboten werden, könnten hier für Entlastung sorgen (vgl. iwd 48/2010).

Doch es wird nicht reichen, einfach nur die Betreuungsangebote – etwa Krippenplätze oder flächendeckende Ganztagschulen – weiter auszubauen. Solange es nicht zu einem grundsätzlichen Mentalitätswandel kommt, der Männern und Frauen wirklich dieselben Chancen einräumt, wird es wohl weiterhin Gründe für einen Internationalen Frauentag geben.

100 Jahre Internationaler Frauentag

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts protestieren Frauen auf der ganzen Welt an einem festen Tag im Jahr für mehr Gleichberechtigung. Beim ersten Internationalen Frauentag 1911 kämpften Millionen von Deutschen, Österreicherinnen, Schweizerinnen und Amerikanerinnen für ein freies und geheimes Frauenwahlrecht – eine Forderung, die 1918 in Deutschland in Erfüllung ging; während des Ersten Weltkriegs wandelte sich der Frauentag zu einem Aktionstag gegen den Krieg. Heute geht es den demonstrierenden Frauen vor allem darum, Benachteiligungen auf allen gesellschaftlichen Feldern zu beseitigen – sei es bei der Entlohnung, der Karriere, der Teilhabe an Politik oder, z. B. in Entwicklungsländern, bei der Gesundheitsversorgung.

Ursprünglich war der Frauentag eine sozialistische Erfindung: 1910 beschloss die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Vorschlag der Deutschen Clara Zetkin einen weltweiten Frauen-Kampftag. Seit 1921 findet der Internationale Frauentag am 8. März eines jeden Jahres statt – wobei unklar ist, an welches Ereignis angeknüpft wird: ob auf einen Textilarbeiterinnenstreik 1857 in New York oder auf einen Arbeiterinnenstreik 1917 in Sankt Petersburg.

Unter den Nationalsozialisten war der Frauentag offiziell verboten. In Ostdeutschland wurde er bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wiederbelebt, in Westdeutschland unter größerer Beteiligung erst Ende der 1960er Jahre. Die Vereinten Nationen richteten erstmals 1975 eine Feier zur Stärkung der Frauenrechte aus.

In vielen Ländern, so in Russland und in einigen afrikanischen Staaten, ist der 8. März ein gesetzlicher Feiertag. In China brauchen die Frauen am Nachmittag des Weltfrauentags nicht zu arbeiten. In den Industrieländern hingegen wird der Weltfrauentag häufig kritisch gesehen. Die EU-Kommissarin Viviane Reding etwa plädierte vor zwei Jahren dafür, sich nicht nur an einem „symbolhaltigen Tag“, sondern an 365 Tagen im Jahr ganz praktisch für die Gleichberechtigung der Frauen einzusetzen.

Deutsche Wohnungen besonders attraktiv

Immobilienpreise. Um das Anlagerisiko zu streuen, investieren Immobilienfonds und -aktiengesellschaften zunehmend international. Tatsächlich aber lassen sich die Risiken so kaum verringern, da sich die Preise auf den Büro- und Häusermärkten weitgehend parallel entwickeln. Nur deutsche Wohnimmobilien sind dem allgemeinen Trend zuletzt nicht gefolgt – dies macht sie für Investoren besonders attraktiv. *)

Auch wenn das Thema Häuserpreise mit dem Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise aus den Schlagzeilen verschwunden ist, müssen große Investoren – wie offene Immobilienfonds, Pensionsfonds oder Versicherungen – den Markt weiterhin genau beobachten. Denn die Preise für Wohn- und Büroimmobilien folgen meist einem ausgeprägten Zyklus. So steigt die Immobiliennachfrage im Aufschwung an, was die Preise nach oben treibt. Bauen und Verkaufen lohnen sich also wieder mehr. Doch bis die neuen Wohntürme und Bürokomplexe geplant und errichtet sind, kann sich die Wirtschaft erneut auf Talfahrt befinden – dann lässt das zusätzliche Angebot die Preise sinken.

Das Problem: Ein solcher Preisrutsch kann unvermittelt drohen, wenn sich etwa nur die konjunkturellen Erwartungen verschlechtern. Um ihr Risiko einzudämmen, investieren die Immobilienanleger deshalb zunehmend global (Grafik):

Die deutschen offenen Immobilienfonds investierten im Herbst 2009 gut 70 Prozent ihres Anlagevermögens im Ausland – dreieinhalb Jahre zuvor hatte der Auslandsanteil erst 57 Prozent betragen.

Angesichts der Tatsache, dass die Immobilienpreise in der Finanzkrise rund um den Globus in die Knie gingen, ist jedoch zweifelhaft, ob die Strategie der Risikostreuung aufgehen kann. Darauf deutet auch eine vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln durchgeführte Analyse für die zwei Immobiliensparten hin:

1. Büroimmobilien. Hier ist die Preisentwicklung in 19 europäischen Großstädten von Anfang 2000 bis Mitte 2010 weitgehend parallel verlaufen. Maßgeblich hierfür ist die Globalisierung – über den Handel und die Kapitalmärkte wachsen die Volkswirtschaften zusammen. Demnach folgen auch die Immobilienmärkte den Konjunkturzyklen immer häufiger im Gleichschritt. Zu den Ausnahmen zählen lediglich Brüssel – aufgrund der besonders vielen Behörden ist der Büromarkt

der Stadt weitgehend unabhängig von konjunkturellen Schwankungen – sowie in geringerem Maße Frankfurt am Main, Berlin und Hamburg.

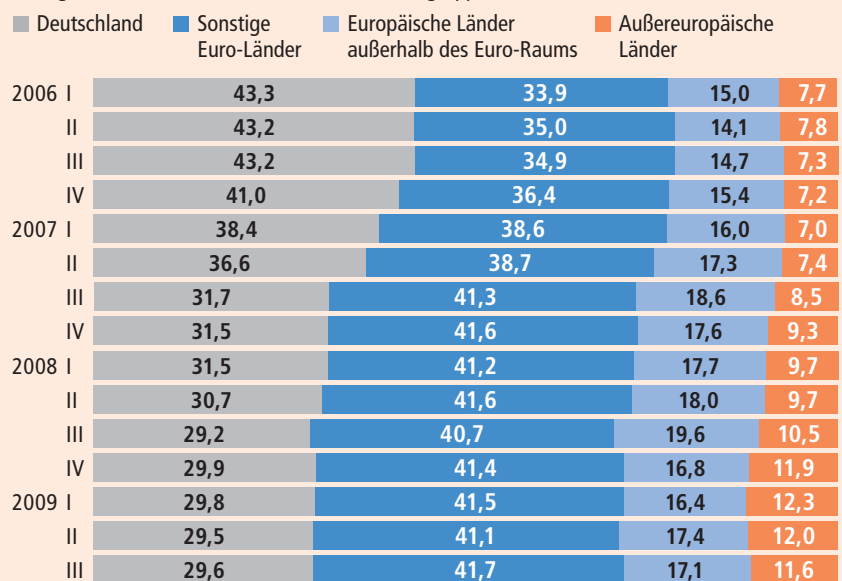
2. Wohnimmobilien. Auch hier entwickeln sich die Preise in Europa weitgehend parallel, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt. Lediglich Deutschland hat sich abgekoppelt. Entsprechend interessant ist der hiesige Markt für Investoren, was sich auch in der derzeit deutlich steigenden Nachfrage nach Wohngebäuden niederschlägt.

Hauptursache für die deutsche Sonderstellung ist die Form der Finanzierung – weil die eigenen vier Wände überwiegend mit festverzinslichen Darlehen realisiert werden, beeinflussen kurzfristige Zinsschwankungen den Häusermarkt kaum.

*) Vgl. Kirill Pomogajko, Michael Voigtländer: Zur Synchronität der Immobilienzyklen – Eine Faktoranalyse, in: IW-Trends 1/2011

Immobilienfonds: Auslandsgeschäft legt zu

So viel Prozent ihres Anlagekapitals hatten deutsche offene Immobilienfonds in Liegenschaften in diesen Ländern bzw. Ländergruppen investiert



Quelle: Bundesverband Investment und Asset Management

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 10

Aufschwung auch im Winter

Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist weiter auf Erholungskurs. Die Zahl der Arbeitslosen ist anders als in den Vorjahren sogar im Monat Februar gesunken – und auch die Beschäftigung nimmt saisonbereinigt zu. Von dieser Entwicklung profitieren insbesondere gering Qualifizierte.

Wie robust der deutsche Arbeitsmarkt inzwischen ist, zeigen die Arbeitslosenzahlen für Februar (Kasten). Obwohl aufgrund der winterlichen Witterung Arbeitskräfte wie Bauarbeiter nicht beschäftigt werden konnten, hat die Zahl der Menschen ohne Job überraschenderweise abgenommen.

Ähnlich erfreulich entwickelt sich die Beschäftigung. Im Januar 2011 hatten 40,3 Millionen Bundesbürger einen Job, fast eine halbe Million mehr als ein Jahr zuvor.

Mitunter wird der Verdacht geäußert, der Rückgang der Arbeitslosigkeit sei gar kein reales Phänomen, sondern gehe auf eine Manipulation der Statistik zurück. Dafür werden zwei Indizien angeführt:

- **Zum einen** sind seit 2009 Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos registriert,

die mithilfe privater Arbeitsvermittler eine neue Beschäftigung suchen. Vielmehr werden sie den Teilnehmern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zugeschlagen, die nicht zu den Arbeitslosen gezählt werden. Dies betraf zuletzt rund 170.000 Personen.

- **Zum anderen** sind seit Januar 2008 über 58-jährige Arbeitslosengeld-II-Empfänger, denen zwölf Monate lang kein Arbeitsangebot gemacht wurde, nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik enthalten. Im Januar 2011 waren das 86.000 Personen.

Daher müsste die Zahl der Arbeitslosen entsprechend nach oben korrigiert werden, meinen die Kritiker. Und sie setzen noch eins drauf: Unterbeschäftigung drückt sich für sie auch in der Zahl der Menschen aus, die in Arbeitsbeschaffungsmaß-

nahmen (ABMs), Umschulungskursen oder ähnlichen Maßnahmen stecken (Grafik).

So gerechnet hätten derzeit mehr als vier Millionen Menschen keinen Job – gut 700.000 mehr, als die offizielle Statistik ausweist.

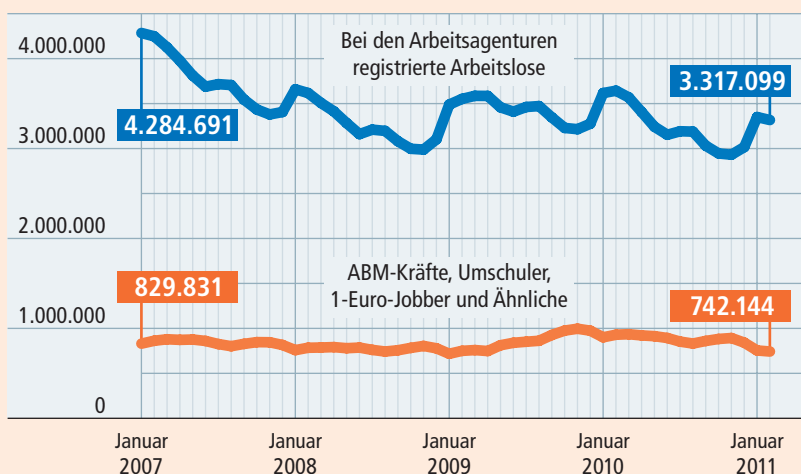
Doch wie man die Dinge auch wendet – an der Feststellung, dass die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgeht, führt kein Weg vorbei. Seit Januar 2007 ist nicht nur die Zahl der Arbeitslosen um rund eine Million Personen gesunken, die Zahl der ABM-Kräfte, 1-Euro-Jobber etc. hat immerhin um knapp 90.000 abgenommen.

Auch auf längere Sicht lässt sich eine ähnliche Entwicklung feststellen: Nach Berechnungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung waren in der ersten Hälfte der 1990er Jahre rund 2,5 Millionen Menschen „verdeckt arbeitslos“ – sie nahmen also an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil, waren im Vorruhestand oder in Kurzarbeit. Zuletzt wurden nur noch 1,3 Millionen verdeckt Arbeitslose gezählt. Vor allem die Zahl der Vorruhestandler sinkt rapide, weil viele Frühverrentungspfade durch Renten- und Arbeitsmarktreformen verschlossen wurden:

Allein zwischen 2004 und 2009 hat sich die Zahl der durch die Bundesagentur geförderten Vorruhestandler und Personen in vorgezogener Altersrente auf 400.000 halbiert.

Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt kommt den Erwerbstätigen in unterschiedlichem Maße zugute. Sie nutzt vor allem Personen in den

Auch die geparkte Arbeitslosigkeit geht zurück



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 10

Berufen, die Federn lassen mussten, als die Konjunktur einbrach (Grafik): Hilfsarbeiter, Logistik- und Bauberufe waren die eindeutigen Krisenverlierer. Insbesondere Zeitarbeiter wurden während der mageren Monate nach Hause geschickt.

Jetzt, im Aufschwung, sind gerade die Tätigkeiten gefragt, die zuvor die größten Verluste aufwiesen – Unqualifizierte, Lagerarbeiter und Fahrer.

Auch für Facharbeiter sind die Beschäftigungsaussichten inzwischen als ausgesprochen gut anzusehen, weil es schon jetzt – aufgrund der großen Nachfrage und der demografischen Entwicklung – vergleichsweise wenige Bewerber auf freie Stellen gibt. Im Februar gab es rund 46.000 arbeitslose Elektriker bei 56.000 offenen Stellen.

Selbst Schlosser, die in den vergangenen zwei Jahren wahrlich nicht auf Rosen gebettet waren, können optimistisch sein: Auf 100 offene Stellen kommen bundesweit nur 140 Arbeitslose. In Bayern oder Baden-Württemberg gibt es sogar deutlich mehr Stellenangebote als Bewerber.

Unabhängig vom konjunkturellen Auf und Ab beeinflusst auch der gesellschaftliche und technologische Wandel den Arbeitsmarkt. Bankfachleute oder einige industrielle Berufe wie Drucker büßen schon länger an Bedeutung ein.

Soziale Dienstleistungsberufe sind dagegen stark im Kommen. Die Zahl der Arbeitsplätze für Sozialarbeiter, Jobs rund um die Gesundheitsdienstleistungen und Berufe im Bildungswesen sind selbst im Krisenjahr 2009 gestiegen. Im Aufschwung ging die Beschäftigungsexpansion ungebremst weiter.

Hilfsarbeiter sind wieder gefragt

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Veränderung gegenüber Vorjahresmonat

	Juni 2009	Juni 2010
Hilfsarbeiter	-112.191	101.416
Sozialarbeiter	34.474	35.733
Krankenpfleger, -helfer	25.049	26.278
Kindergärtnerinnen	22.137	21.710
Lager-, Transportarbeiter	-24.982	19.984
Bürofachkräfte	25.114	19.565
Verkäufer	27.736	14.993
Lehrer	25.119	13.262
Fahrer	-18.217	12.717
Heimleiter, Sozialpädagogen	12.975	11.658
Bankfachleute	-2.603	-6.456
Stenographen, -typisten, Maschinenschreiber	-6.634	-6.741
Schlosser	-39.939	-10.638

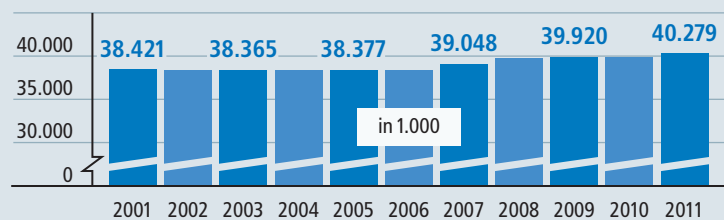
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 10

Der Arbeitsmarkt im Winter 2011

Erwerbstätige im Januar



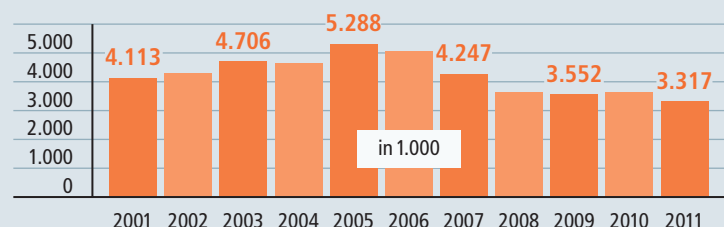
Im Inland; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 10

Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich winterbedingt von Dezember auf Januar um 639.000 auf knapp 40,3 Millionen verringert. Saisonbereinigt ist die Zahl der Erwerbstätigen im Januar um 23.000 gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat im Dezember saisonbereinigt um 52.000 zugenommen. Im Januar 2011 hatten überdies 463.000 Menschen mehr einen Job als ein Jahr zuvor.

Arbeitslose im Februar



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 10

Die Zahl der Arbeitslosen ist von Januar auf Februar um 33.000 auf 3,3 Millionen gesunken, saisonbereinigt sogar um 52.000. Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Februar 326.000 Arbeitslose weniger gezählt.

Kleine auf Konfrontationskurs

Gewerkschaftswettbewerb. Die Streiks der Lokführergewerkschaft GDL zeigen einmal mehr, wie schlagkräftig kleine Gewerkschaften sind. Über kurz oder lang stellt sich damit die Frage, ob die Tarifeinheit gesetzlich verankert werden muss.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) haben jüngst vor einer Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftslandschaft gewarnt und den Gesetzgeber aufgefordert, das Prinzip der Tarifeinheit – ein Betrieb, ein Tarifvertrag – festzuschreiben (Kasten).

Diese Zersplitterung ist an sich kein neues Phänomen:

Schätzungsweise existieren hierzulande mehr als 100 Gewerkschaften.

Die meisten davon treten bislang aber nicht tarifpolitisch eigenständig auf. Sie haben sich mit den Großen zu Tarifgemeinschaften zusammengeschlossen und handeln gemeinsam die Arbeitsbedingungen aus – wie etwa der Deutsche Journalistenver-

band, der mit ver.di den Schulterschluss gesucht hat. Das Prinzip „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ ist damit gewährleistet.

Für Unruhe sorgen dagegen Fluglotsen, Piloten, Lokführer und Ärzte (Grafik). Diese Berufsgruppen organisieren sich in Spartengewerkschaften – die Krankenhausärzte z.B. im Marburger Bund, die Kapitäne der Lüfte in der Vereinigung Cockpit und die Triebwagenführer in der GDL.

Weil ohne diese Berufsgruppen vieles stillsteht, konnten die kleinen Gewerkschaften in den vergangenen Jahren tarifpolitisch einige Extras rausschlagen. Das ging allerdings auf Kosten des von den Arbeitgebern lange Zeit vertretenen Prinzips der Tarifeinheit. Danach durfte

in einem Unternehmen nur ein Tarifvertrag angewendet werden.

- In Krankenhäusern gelten für Ärzte verschiedene Tarifregelungen, weil neben dem Marburger Bund auch ver.di Vereinbarungen getroffen hat.

- Bei den Fluggesellschaften schließen ver.di und die Unabhängige Flugbegleiterorganisation UFO für das Kabinenpersonal getrennte Tarifverträge ab.

- Bei der Deutschen Bahn hat die GDL 2007 einen eigenen Tarifvertrag für die Lokführer durchgesetzt.

Was den Gewerkschaftswettbewerb problematisch macht: Die einzelnen Spartengewerkschaften schaukeln sich gegenseitig hoch – jede will für die eigene Berufsgruppe mehr erreichen. Das vergiftet nicht nur das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsspitzen. Auch in den Unternehmen kommt es zu Neid-effekten. Im Ergebnis gönnt eine Berufsgruppe der anderen nicht, was die Gewerkschaft für sie erreicht hat.

Befeuert wird diese Situation dadurch, dass das Bundesarbeitsgericht im vergangenen Jahr den Grundsatz der Tarifeinheit aufgegeben hat.

Die Arbeitgeber befürchten, dass ohne eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit eine weitere Gründungswelle von Berufsgruppengewerkschaften einsetzt.

Tatsächlich sind in den vergangenen Monaten mehrere Fachgewerkschaften entstanden – so z.B. die Technik Gewerkschaft Luftfahrt. Bisher haben die Neuen noch Probleme, Mitglieder zu gewinnen. Ohne einen hohen Organisations-

Spartengewerkschaften: Klein, aber mächtig

	Mitglieder	Jahr der Gründung	Eigenständige Tarifverträge seit
Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)	34.000	1867	2007 bei der Deutschen Bahn; Branchentarifvertrag für Lokführer angestrebt
Vereinigung Cockpit (VC)	8.200	1969 als Berufsverband	2001 bei der Deutschen Lufthansa, später bei Germanwings, Air Berlin und LTU
Unabhängige Flugbegleiterorganisation (UFO)	> 10.000	1992 als Berufsverband	2002 bei der Deutschen Lufthansa, später bei Condor, Air Berlin, Germanwings und Eurowings
Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF)	3.500	2004 hervorgegangen aus der Fusion zweier Berufsverbände	2004 bei der Deutschen Flugsicherung, weitere mit den Flughäfen Frankfurt und München
Marburger Bund	107.000	1957 als Berufsverband	2006 bei den kommunalen Kliniken und den Universitätskliniken

Ursprungsdaten: Angaben der Gewerkschaften

grad und eine gut gefüllte Streikkasse lassen sich jedoch keine wirkungsvollen Aktionen starten, wie die Erfahrungen der bereits etablierten Berufs- oder Spartengewerkschaften gezeigt haben.

Wenn allerdings wie bei der GDL schätzungsweise 25.000 aktive Lokführer – und damit die Mehrheit der 36.000 sozialversicherungspflichtigen Schienenfahrzeugführer – an einem Strang ziehen, ist der Punkt erreicht, ab dem eine Berufsgewerkschaft nicht mehr ignoriert werden kann. Da nutzt es auch wenig, dass die Deutsche Bahn und sechs Privatbahnen für den Nahverkehr mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) einen Branchentarifvertrag abgeschlossen haben. Dieser sorgt immerhin dafür, dass der Wettbewerb in der Branche nicht durch allzu unterschiedliche Lohnniveaus verzerrt wird.

Das reicht der GDL aber nicht. Sie will einen eigenständigen Lokführertarifvertrag durchsetzen. Dabei nimmt sie für die Durchsetzung berufsständischer Interessen auch volkswirtschaftliche Schäden in Kauf, die gerade im sensiblen Transportsektor enorm sein können.

Damit verhält sich die GDL anders als die übrigen großen und kleinen Gewerkschaften. Diese haben in der jüngsten Wirtschaftskrise tarifpolitische Vernunft gezeigt und bewiesen, wie man mit den Arbeitgebern die Auswirkungen der Rezession auf die Beschäftigten möglichst gering hält.

Wenn nun aber der Konflikt zwischen GDL und Bahnunternehmen auch deshalb eskaliert, weil eine

Spartengewerkschaften: Die neuen Wilden?

	Mitglieder	Jahr der Gründung	Eigene Tarifverträge/Anerkennung als eigenständiger Tarifpartner durch einen Arbeitgeber(verband)
contterm – Fachgewerkschaft für die Beschäftigten auf den Container Terminals im Hamburger Hafen	ca. 100	Dezember 2009	Nein; derzeit sind Hafenarbeiter in Bremen und Bremerhafen organisiert
Neue Assekuranz Gewerkschaft	> 100	November 2010	Nein; Ziel ist, sich an der Tarifrunde 2011 zu beteiligen; Kooperation mit ver.di angestrebt
Technik Gewerkschaft Luftfahrt	Keine Angabe	Dezember 2010	Nein; zunächst wird ein ausreichender Organisationsgrad angestrebt
Gewerkschaft der Servicekräfte	ca. 100	Dezember 2010	Nein
Spartengewerkschaft für Betriebsfeuerwehren	Potenzial wird mit 2.000 angegeben	Geplant für Anfang 2011	Nein

Quellen: BDA, Presseartikel, Angaben der Gewerkschaften

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 10

Gewerkschaft die andere toppen will, wird der Gesetzgeber wohl kaum umhinkommen, den Gewerkschaftswettbewerb gesetzlich zu regeln.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass die Nachbarn ähnliche Probleme hatten, aber auch Lösungen dafür gefunden haben. In Frankreich, wo Richtungsgewerkschaften miteinander streiten, gibt es einen

Anreiz, sich zu Tarifgemeinschaften zusammenzuschließen. Ein Tarifvertrag darf nur geschlossen werden, wenn er von einer oder mehreren Gewerkschaften unterzeichnet wurde, die mindestens 30 Prozent der Stimmen bei den letzten Betriebswahlen auf sich vereinigen konnten. Kleine Gewerkschaften müssen demnach mit anderen Organisationen kooperieren.

Tarifeinheit

Über Jahrzehnte hinweg wurde der Wettbewerb zwischen Gewerkschaften durch den vom Bundesarbeitsgericht (BAG) entwickelten Grundsatz der Tarifeinheit geregelt. Danach galt in einem Betrieb immer nur ein Tarifvertrag.

Wo Gewerkschaften miteinander konkurrierten, konnten zwar mehrere Tarifverträge geschlossen werden. Zur Anwendung kam aber immer nur der speziellere Tarifvertrag: Ein Firmentarif ging einem Branchentarif vor, ein Tarifvertrag für den gesamten Betrieb dem für eine einzelne Berufsgruppe.

Aus diesem Grund bildeten konkurrierende Organisationen Tarifgemeinschaften oder sprachen sich zumindest miteinander ab.

Im vergangenen Jahrzehnt bildeten sich auf der Basis bestehender Berufsverbände neue Spezialgewerkschaften, auch als Berufsgruppen- oder Spartengewerkschaften bezeichnet. Sie verfolgen ihre Ziele eigenständig. So gelten inzwischen in Krankenhäusern oder in der Luftfahrt in einem Unternehmen durchaus mehrere Tarifverträge (Tarifpluralität). Dieser veränderten Tarifpraxis hat das BAG im vergangenen Jahr Rechnung getragen und den Grundsatz der Tarifeinheit aufgegeben.

Im Staatsdienst selten

Migranten. Stellen im öffentlichen Dienst sind meist von Deutschen besetzt. Lediglich jeder zehnte Beschäftigte bei Bund, Ländern und Kommunen hat einen Migrationshintergrund.

Fast jeder fünfte Erwerbstätige in Deutschland ist im öffentlichen Dienst tätig. Nur wenige von ihnen haben ausländische Wurzeln. Insgesamt waren 2009 knapp 650.000 Menschen mit Migrationshintergrund im Staatsdienst beschäftigt (Grafik). Rechnet man nur die Beschäftigten ohne deutschen Pass, sinkt die Quote sogar auf 4 Prozent – und das, obwohl für einen Job beim Staat die deutsche Staatsbürgerschaft oft nicht einmal Voraussetzung ist.

Damit liegt die Migrantenquote im öffentlichen Dienst deutlich unter der der Gesamtwirtschaft, wo sie 17 Prozent beträgt.

Mehr als 70 Prozent der Zuwanderer im öffentlichen Dienst stammen

aus Europa – die meisten kommen aus Polen und der Türkei.

Große Unterschiede zwischen beim Staat angestellten Migranten und Einheimischen gibt es auch hinsichtlich der Verdienste. Zuwanderer üben häufig niedrig bezahlte Jobs aus. Von allen Menschen mit Migrationshintergrund, die 2007 für Bund, Länder und Kommunen tätig waren, hatten nur 16 Prozent ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 2.000 Euro. Bei den deutschen Mitarbeitern waren es doppelt so viele. Umgekehrt sieht es am unteren Ende der Einkommenskala aus: 40 Prozent der Migranten im Staatsdienst verdienen monatlich weniger als 1.100 Euro netto, bei den deutschstämmigen Kollegen sind es nur 23 Prozent.

Dass nur wenige Menschen mit ausländischen Wurzeln im öffentlichen Dienst arbeiten, liegt auch daran, dass Zuwanderer seltener als Einheimische eine Berufsausbildung oder ein Studium abgeschlossen haben – das ist aber oftmals eine Bedingung, um im Staatsdienst zu arbeiten. Hinzu kommt, dass sich nur wenige ausländische Jugendliche für eine Verwaltungsausbildung entscheiden – 2009 hatten gerade einmal 683 von annähernd 40.000 Azubis in der Verwaltung fremde Wurzeln.

Öffentlicher Dienst: Migranten meist außen vor

So viele Erwerbstätige hatten 2009 einen Migrationshintergrund



Öffentlicher Dienst	646
davon aus	9,7
Europa	460
– davon EU-27	265
– Polen	79
– Rumänien	32
– davon Türkei	66
– davon Russische Föderation	48
– davon Kroatien	22
Asien, Australien und Ozeanien	84
Amerika	23
Afrika	14

Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw10

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.